

Pläne von Bundesministerin Bas zur Rente

Zitate von Florian Köbler, Bundesvorsitzender Deutsche Steuer-Gewerkschaft DSTG

„Die geplante Einbeziehung der Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung ist ein Angriff auf das verfassungsrechtlich geschützte Berufsbeamtentum und gefährdet die Stabilität unseres Staatshaushalts.“

„Beamte finanzieren ihre Versorgung bereits heute durch lebenslangen Gehaltsverzicht vor – ihre Pensionen sind kein Privileg, sondern das Ergebnis eines ausgewogenen Systems.“

„Wer glaubt, mit der Rentenpflicht für Beamte die Rentenprobleme zu lösen, irrt: Das ifo Institut bestätigt, dass damit nur neue finanzielle Risiken geschaffen werden – und keine nachhaltige Lösung.“

„Wir brauchen echte Reformen statt Symbolpolitik. Die bewährte Beamtenversorgung darf nicht zum Spielball kurzfristiger Haushaltsinteressen werden.“

Pressemitteilung

Arbeitsministerin Bas will Beamte in die Rentenkasse zwingen: Angriff auf das Berufsbeamtentum und ein haushaltspolitisches Risiko

Die Forderung von Arbeitsministerin Bärbel Bas, Beamte, Abgeordnete und Selbstständige in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen zu lassen, stößt auf scharfe Kritik. Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG) warnt vor gravierenden Folgen für das Berufsbeamtentum und den Staatshaushalt.

„Die geplante Renten-Revolution ist eine Mogelpackung“, so DSTG-Bundesvorsitzender Florian Köbler. „Sie ignoriert die besondere Logik der Beamtenversorgung und stellt einen klaren Angriff auf die verfassungsrechtlich geschützten Grundpfeiler des öffentlichen Dienstes dar.“

Beamtenversorgung: Kein Privileg, sondern Vorleistung

Beamte erhalten im Vergleich zur Privatwirtschaft deutlich niedrigere Gehälter. Dieser Gehaltsverzicht ist eine bewusste Vorfinanzierung ihrer späteren Pensionen. Aktuelle Berechnungen zeigen, dass Beamte trotz vermeintlich höherer Nettobezüge im Monat über ihr gesamtes Berufsleben hinweg weniger verdienen als vergleichbare Angestellte in der Privatwirtschaft.

Darüber hinaus tragen Beamte bereits heute maßgeblich zur Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung bei: Über ihre Steuerzahlungen finanzieren sie den Bundeszuschuss zur Rentenkasse mit, der 2025 rund 121 Milliarden Euro beträgt – etwa ein Viertel des Bundeshaushalts.

Fiskalische Risiken und verfassungsrechtliche Bedenken

Die Integration der Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung würde den Staatshaushalt massiv belasten. Der Staat müsste jahrzehntelang sowohl die bestehenden Pensionsansprüche bedienen als auch Arbeitgeberbeiträge in die Rentenversicherung leisten. Diese Doppelbelastung droht zu einer „finanziellen und fiskalischen Katastrophe“ zu werden. Das ifo Institut bestätigt zudem, dass die Einbeziehung der Beamten die strukturellen Probleme der Rentenversicherung nicht nachhaltig lösen würde.

Das Alimentationsprinzip und die Fürsorgepflicht des Dienstherrn sind verfassungsrechtlich geschützte Grundpfeiler des Berufsbeamtentums. Die Versorgung der Beamten ist kein beliebig veränderbarer Bestandteil, sondern ein integraler Teil des öffentlichen Dienstes.

Fazit

Die vermeintlich privilegierte Stellung der Beamten ist ein Mythos. Die vorgeschlagene „Renten-Revolution“ würde das austarierte System der Beamtenversorgung zerstören, ohne die strukturellen Probleme der gesetzlichen Rentenversicherung zu lösen. Die DSTG fordert daher nachhaltige Reformen und den Erhalt der bewährten Beamtenversorgung.

Erläuterung der Problematik

Die Diskussion um die Einbeziehung von Beamten, Abgeordneten und Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung entzündet sich an mehreren Punkten:

- **Vorfinanzierung der Pensionen:** Beamte erhalten während ihres Berufslebens geringere Gehälter als vergleichbare Angestellte. Dieser Gehaltsverzicht dient als Vorleistung für die spätere Pension, die damit kein zusätzliches Privileg darstellt, sondern eine nachträgliche Kompensation für das geringere Lebenseinkommen ist.
- **Steuerliche Vorleistung:** Beamte tragen über ihre Steuern bereits heute zur Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung bei, insbesondere durch den Bundeszuschuss, der einen erheblichen Teil des Rentenbudgets ausmacht.
- **Fiskalische Doppelbelastung:** Würden Beamte in die gesetzliche Rentenversicherung integriert, müsste der Staat über Jahrzehnte hinweg sowohl die bestehenden Pensionsansprüche als auch die Arbeitgeberbeiträge zur Rentenversicherung finanzieren. Dies würde zu einer massiven Mehrbelastung des Staatshaushalts führen.
- **Verfassungsrechtliche Bedenken:** Das Alimentationsprinzip und die Fürsorgepflicht sind fest im Grundgesetz verankert. Eine grundlegende Änderung der Beamtenversorgung wäre daher nicht nur politisch, sondern auch rechtlich höchst problematisch.
- **Keine nachhaltige Lösung:** Experten wie das ifo Institut warnen, dass die Einbeziehung der Beamten die Finanzprobleme der Rentenversicherung nicht nachhaltig lösen würde. Vielmehr seien strukturelle Reformen wie Kapitaldeckung oder eine höhere Erwerbsbeteiligung notwendig.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind daher keine nachhaltige Lösung für die Herausforderungen des Rentensystems, sondern bergen das Risiko, bewährte Strukturen zu zerstören und neue finanzielle Probleme zu schaffen.